

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich bei Anfall der Lieferanz für die höhere Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Titelvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 10, Inselstr. 9a. Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 204 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 307 A

BERLIN • Freitag, den 27. Januar 1933

2. JAHRGANG

# Polizeikrieg gegen Links.

## Überall Tote durch polizeiliche „Schutzmaßnahmen“.

Das Presseamt des Dresdner Polizeipräsidioms teilt nachts gegen 3 Uhr mit:

„Im Kessler-Heim auf der Friedrichstraße fand gestern Abend eine Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus mit dem Oberleutnant a. D. Frädrich als Redner statt. Da Frädrich auch in dieser Versammlung wieder in außerordentlich gemeingefährlicher Weise zu Tötlichkeiten aufforderte, wurde die Versammlung von dem überwachenden Beamten der politischen Abteilung aufgelöst. Da der polizeilichen Aufforderung zum Verlassen des Saales nicht nachgegeben wurde, wurde von vorsorglich bereit gehaltenen uniformierten Polizeibeamten vor dem Podium eine Sperrkette gebildet, die mit der Räumung des Saales zunächst ohne Anwendung des Gummiknüppels begann. Im gleichen Augenblick setzten insbesondere auf den Galerien Sprechchöre ein: „Wir bleiben da! Sitzen bleiben!“ u. s. w. Auch wurde von den Galerien herab mit Biergläsern, Aschenbechern, Stühlen u. s. w. nach den den Saal räumenden Beamten, die teilweise dadurch auch getroffen wurden und denen auch im Saal stärkerer Widerstand entgegengesetzt wurde, geworfen. Gleichzeitig wurde von Versammlungsbesuchern auf den Galerien auf die Beamten scharf geschossen.“

In der Notwehr machten die Beamten nunmehr von der Schußwaffe Gebrauch. Diese Gegenwehr hatte

### neun Todesopfer

und, soweit sich bis jetzt hat feststellen lassen, elf Verletzte zur Folge.“

Den Anlaß zur Auflösung der Versammlung soll eine Bemerkung des Redners, Frädrich, gegeben haben, der von dem Kampf „gegen die nationalsozialistischen Mordbanden“ gesprochen hatte. Die Kommunisten bestreiten, daß von den Galerien herab auf die Beamten geschossen worden sei.

Wie im Zusammenhang mit dem schweren Zusammenstoß weiter mitgeteilt wird, hatte sich bereits am Mittwoch nachmittag in den Straßen der Stadt eine rege kommunistische Tätigkeit bemerkbar gemacht. Von Sammelplätzen in verschiedenen Stadtteilen aus waren Demonstrationen nach dem in der Johannstadt gelegenen Bönisch-Platz gezogen, wo eine antifaschistische Kundgebung stattfand, zu der das kommunistische Dresdener Organ „Arbeiterstimme“ in den letzten Tagen aufgefordert hatte. Während der Anmarsch und die Kundgebung selbst ohne größere Zwischenfälle verliefen, gab es gleich nach Beendigung die ersten Zusammenstöße mit der Polizei. Ein großer Teil der Kundgebungsteilnehmer wollte im geschlossenen Zuge das Kessler-Heim erreichen, um dort an der Frädrich-Versammlung teilzunehmen. Da die Kommunisten auf dem Marsch hochverräterische Rufe ausstießen und verbotene Lieder sangen, sah sich das begleitende Polizeikommando genötigt, den Zug aufzulösen. Als sich die Kommunisten aber immer wieder zusammenrotteten, gingen die Beamten schließlich mit dem Gummiknüppel vor.

Wie von der Polizei mitgeteilt wird, befinden sich unter den Toten und Schwerverletzten keine Polizeibeamten.

Diese polizeiliche Meldung spricht ohne nähere Erklärungen für sich. Wir berichten an anderer Stelle über die Erschießung dreier Teilnehmer an einem kommunistischen Demonstrationenzug in Köln, die genau das gleiche Bild zeigt, und auch das Verhalten der Berliner Polizei bei der Sonntags Provokation der Nazis und bei der Mittwoch-

## Staatsnotstand, Staatsnotwehr und Staatsstreich.



W—er. Die Krise der Regierung Schleicher, die die Krise der letzten Reste der parlamentarischen Republik überhaupt ist, denkt vorläufig noch nicht daran, überwunden zu sein. Wie wir bereits seit einiger Zeit begründet haben, besteht zu der Annahme, daß diese Krise auf die kapitalistisch übliche Weise gelöst werden kann, so gut wie kein Grund. Der Versuch, die Verfassung außer Kraft zu setzen durch die Erklärung eines „Staatsnotstandes“, nimmt immer greifbarere Formen an; im Reichsverwaltungsblatt, das von hohen Staatsbeamten herausgegeben wird, heißt es dazu u. a.:

„Das Reichsgericht hat gewisse außerhalb des Artikels 48 und überhaupt außerhalb des Gesetzes stehende Akte gegen Einzelangriffe auf den Staat als Rechtsform und gegen seine verfassungsmäßigen Organe als Träger der Staatsgewalt prinzipiell anerkannt. Es geht dabei von den Gedanken aus, daß dem Staate und seinen Organen gestattet sein muß, was jedem beliebigen Bürger zur Befreiung eines anderen oder seiner selbst aus einer Notlage erlaubt wird. Es hat daher ein Notwehrrecht gegen derartige Angriffe auch außerhalb des Artikels 48 anerkannt.“

Nun kommt also zum „Staatsnotstand“ noch der Begriff der „staatlichen Notwehr“; wir zweifeln nicht, daß gefällige Juristen noch einiges zur Bemäntelung von Verfassungsbrüchen leisten werden.

### Goebbels

erklärte am Mittwoch in einer Rede in Gleiwitz, wenn man nach dem Sturz Schleichers noch einmal an der NSDAP vorbeigehen würde, dann würde der nächste Kanzler nur wenige Tage die Geschicke Deutschlands leiten.

### Die Deutschnationale Volkspartei

hat auf die bereits von uns gemeldete Entschließung gegen Schleicher noch eine Erklärung folgen lassen, aus der deutlich hervorgeht, daß ihr die Bemühungen Schleichers, auch andere Leute als Arbeitermörder und Osthilfeschlucker an der Gestaltung der Geschicke des deutschen Volkes teilnehmen zu lassen, unerträglich ist. Daß sie in dieser Erklärung die Regierung Brüning für die Mißstände in der Osthilfe verantwortlich macht, für die offenkundig zum großen Teil die deutschnationalen Barone und auch wohl Herr von Braun verantwortlich sind, erwähnen wir hier nur als eine Kennzeichnung ihrer eifelturmhohe Unverschämtheit.

Demonstration der Kommunisten war das gleiche, wenn auch hier, dank der (schwer aufzubringenden) Disziplin der Berliner Arbeiterschaft, am Mittwoch lediglich der Gummiknüppel der mindestens nervösen, wenn nicht sogar — was wir eigentlich glauben — durch ihre Vorgesetzten besonders scharfmacherisch instruierten Polizisten in Tätigkeit trat. Auch hierüber bringen wir Näheres an anderer Stelle.

Die linke Arbeiterschaft ist von der Polizei eines kapitalistischen Staates selbstverständlich noch niemals mit Sympathie behandelt worden. Die linke Arbeiterschaft legt darauf auch keinen gesteigerten Wert. Worauf sie aber Wert legt, und

worauf sie ein Recht hat, das ist eine gleichmäßige Behandlung aller Staatsbürger.

Eine schreiende Ungerechtigkeit liegt in der Tatsache, daß gegen Arbeiterdemonstranten fortwährend eingeschritten wird, weil sie „hochverräterische Rufe ausstoßen oder verbotene Lieder singen“. Was insbesondere das Verbot von Liedern betrifft, so ist die Aufforderung in den nationalsozialistischen Kehrreimen, die sich z. B. der Berliner Polizeipräsident Melcher persönlich angehört hat, ohne einschreiten zu lassen, sowohl hochverräterisch als auch lumpenhaft schmutzig.

Eine Polizei deren leitende Beamte so offenbar unzuverlässig sind, und zwar unzuverlässig in bezug auf Anwendung gerechter Maßstäbe, während sie im Sinne reaktionärer Macht-

Der Bayerische Industriellenverband fordert politischen und wirtschaftlichen Burgfrieden für ein Jahr, damit in Ruhe ein Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt werden könnte.

Angesichts der Drohungen der Deutschland beherrschenden Kreise mit der offenen Konterrevolution unter dem Namen „Notstandsabwehr“ hat der Parteivorstand der SPD und der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erheben schärfsten Protest gegen den Plan der Proklamierung eines sogenannten staatlichen Notstandsrechts. Seine Verwirklichung würde auf einem Staatsstreich hinauslaufen, der dem Volk seine verfassungsmäßigen Rechte raubte und jenen Cliquen zugute käme, die ohne Rücksicht auf die Gesamtheit und vor allem auf die Arbeiterklasse ihre Sonderinteressen vertreten und dabei die Kritik des Parlaments zu scheuen alten Grund haben.“

Ein solcher Staatsstreich würde einen rechtlosen Zustand schaffen, gegen den jeder Widerstand erlaubt und geboten ist.“

Ein solcher Widerstand hat natürlich nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn er durch eine einzige Arbeiterschaft in die Wege geleitet wird.

### Und die Regierung?

Wie die Schleicher-Regierung erklären läßt, wird der Staatssekretär der Reichskanzlei, Planck, in der Freitag-Sitzung des Ältestenrates ausdrücklich erklären, daß die Regierung sich mit einer weiteren Vertagung — auch wenn sie hinter technischen Schwierigkeiten sich verstecken sollte — nicht einverstanden sein wird.

Unser Urteil zu den Schwierigkeiten der politischen Situation haben wir häufig gesagt: Ohne eine durchgreifende Aktion in Richtung auf die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft bleiben alle Eingriffe in die Wirtschaft und Politik Stümperei. Wie weit die Arbeiterschaft entfernt ist von einer Organisiertheit zur aktiven Durchsetzung ihres sozialistischen Ziels, davon geben die erfolgreichen Aktionen der herrschenden Gewalten gegen die Arbeiterschaft, von denen wir heute berichten, ein eindrucksvolles Zeugnis — allerdings geht auch immer wieder daraus hervor, daß der Abwehrwille der Arbeiterschaft keineswegs erloschen ist, sondern daß es nur eines beherzten Anstoßes bedarf, um den heute in kleine Rinnsale aufgeteilten Strom der Arbeiterkraft in ein gemeinsames Bett zu leiten.

habern natürlich zuverlässig sind. — eine solche Polizei darf sich nicht wundern, wenn ihr durch die Arbeiterschaft ihr gewiß nicht einfacher Beruf nicht erleichtert wird, sondern jeder vernünftige Mensch sie für bloße Aufrechterhalter einer zu verachtenden Ordnung hält.

Die proletarischen Schutzorganisationen, wie die Internationale Hilfs-Vereinigung und die Rote Hilfe, sollten Aktionen einleiten zur

gerichtlichen Bestrafung der Verantwortlichen an der leichtsinnigen Draufloskullerei durch die Polizei. Weiter sollten die Vertreter der Arbeiterschaft, wo sie darauf Einfluß haben, auf die

Entlassung oder andere disziplinarische Bestrafung solcher Diener der Reaktion dringen.

Gewiß werden durch solche Schritte nicht die heutigen Zustände bis auf das notwendige Maß einer gerechten Staatsordnung gebracht werden. Aber es heißt das Rechtsgefühl und die Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft auf das empfindlichste abtumpfen, wenn solche Dinge einfach lediglich mit Worten kritisierend abgetan werden.

Wir wir hören, erwägt die Regierung, angesichts der Vorfälle in Dresden, die schon vor einigen Wochen angekündigten verschärften Maßnahmen gegen politische Verhetzung durchzuführen.

# Vulkan: Italien—Jugoslawien-Frankreich brodel.

H. M. Alle Hoffnungen auf Verständigung zwischen Italien und Frankreich sind jetzt vorläufig im Schwinden. Der französische „Friedensapostel“ de Jouvenel hat zwar bereits am ersten Tage nach seiner Ankunft in Rom die Ausstellung der faschistischen Revolution besucht. Aber die faschistische Presse läßt sich durch derartige Demonstrationen nicht betören. Mehr als mit dem Besuch, beschäftigt sie sich mit dem vor einigen Tagen im „Temps“ erschienenen Artikel, in dem es hieß, mit der Ernennung des neuen französischen Botschafters in Rom würden die italienisch-französischen Verhandlungen wahrscheinlich schneller vorwärtkommen. Man dürfe aber dabei niemals aus den Augen verlieren, daß alles vermieden werden müsse, was die Staaten der Kleinen Entente beunruhigen könnte.

Die Antwort der italienischen Presse auf diese Feststellung ist außerordentlich scharf. Man mache, so schreibt das halbamtliche „Giornale d'Italia“, die Entwicklung der französisch-italienischen Beziehungen davon abhängig, daß Italien die

gegenwärtige politische Lage und Haltung Serbiens als gegeben betrachte.

„Wir erwidern dem ‚Temps‘ sofort, daß bei seinen Bedingungen

von einer Klärung der Beziehungen zwischen Italien und Frankreich gelegentlich der Ankunft des neuen französischen Botschafters in Rom gar nicht erst geredet werden kann.

Vor allem denkt Italien durchaus nicht daran, seine Rechte und seine Stellung in Europa und der Welt denen Serbiens unterzuordnen, und es nimmt die Abstufung der Werte, wie sie das französische Organ beliebt, nicht an. Ferner gedenkt Italien keineswegs, sich mit der Politik Serbiens und der Kleinen Entente solidarisch zu erklären, so wie sie heute ist und wie die französischen Zeitungen sie darstellen und verteidigen.“

Nachdem „Giornale d'Italia“ so den Weg gewiesen hat, folgen die anderen Zeitungen. Jeder Hieb gegen Jugoslawien richtet sich auch gegen Paris, das Jugoslawien unterstütze und mit Waffen versorge.

In den Zeitungen wird offen und wiederholt vom Krieg gesprochen.

Die Bedeutung dieses Pressefeldzuges darf nicht unterschätzt werden.

Die inneren Wirrnisse in Jugoslawien sind so ernst, daß ein Krieg der einzige Ausweg zu sein scheint.

Nicht nur in Jugoslawien! Wie wir von Italienern, die mit der Lage im Lande vertraut sind, auf Umwegen erfahren, ist

die Lage in Italien so kritisch, daß auch dort der Krieg als der einzige Weg aus den innenpolitischen Schwierigkeiten betrachtet wird.

## Keine Nationalregierung in Südafrika.

General Smuts brachte im südafrikanischen Parlament einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Hertzog ein und forderte eine „Nationalregierung“ nach dem Vorbild Großbritanniens.

General Hertzog brachte als Antwort darauf einen Antrag ein, in dem seiner Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

## Die neueste japanische Volkszählung

hat, wie das staatliche statistische Büro in Tokio mitteilt, zu folgendem Ergebnis geführt, das wir durch Mitteilung einiger Vergleichszahlen über China und Europa ergänzen:

	Einwohnerzahl	Bevölkerungsdichte
Japan mit Kolonien (Formosa, Korea, Süd-Sachalin, Kwantung u. a.)	90,4 Millionen	134 pro qkm
Eigentliches Japan	64,15 Millionen	169 pro qkm
China (Schätzung 1930)	174 Millionen	43 pro qkm
Europa	498 Millionen	44 pro qkm
Deutschland	63,2 Millionen	134 pro qkm

17 koreanische „Kommunisten“ wurden von der japanischen Polizei verhaftet. Sie sollen mit einer kommunistischen Zentrale in Schanghai zusammengearbeitet und die Gründung einer KP in Korea versucht haben.

In einer Sitzung des japanischen Kabinetts am Mittwoch berichteten der Innen- und der Justizminister über die innenpolitische Lage. Es wurde beschlossen, zwecks schärfster Bekämpfung der marxistischen Ideen in Japan ein „Sondergesetz zum Schutze der nationalen Gesinnung der Nation“ zu erlassen. Ein Schlaglicht! Der japanische Imperialismus führt seinen Eroberungskrieg auf dem Vulkan einer furchtbaren Bauern-Massennot.

## Streik wegen Lohnrückstände.

In Lodz (Polen) sind die Arbeiter der Textilfabrik Widzewska Manufakturen in den „italienischen Streik“ getreten, um so die Auszahlung der 100 000 Mark zu erzwingen, die die Firma ihnen an rückständigem Lohn schuldet. Die Arbeiter weigern sich, die Fabrik zu verlassen, haben aber die Arbeit niedergelegt. Die Fabrik wurde durch Polizei geräumt, und mehrere Arbeiter wurden dabei verhaftet.

Die Internationale Konferenz für die Einführung der 40-Stunden-Woche hat am Mittwoch ihre Arbeiten beendet. Der Bericht der Konferenz wird der Maisitzung des Internationalen Arbeitsamts, auf der Einzelheiten einer Konvention für die Einführung der 40-Stunden-Woche beraten werden, und der Weltwirtschaftskonferenz überwiesen werden.

## „Winterhilfe“.

Das wahre Gesicht kirchlicher „Wohlfahrtspflege“.

Wie die Kirche das Werk der Winterhilfe für ihre eigenen Interessen auszubeuten versucht, geht aus einem Aufruf des Pfarrers Keil in Lauscha hervor. Darin wird gesagt, daß am 10. Januar 1933 eine Notstandsküche eröffnet werden soll, woran

nur Mitglieder der evangelischen Kirchengemeinde

teilnehmen können. Persönliche Meldungen sind zwecklos, nur schriftliche können berücksichtigt werden. Der Zweck dieser Maßnahme wird aus den folgenden Sätzen klar: „Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß wir die Frage der Bedürftigkeit einer sehr genauen Prüfung unterziehen werden. Auch scheiden von vornherein alle diejenigen aus, die zwar formell zur Kirche gehören, sich aber in kirchenfeindlichem Sinne betätigt oder öffentlich geäußert haben. Bei schriftlichen Meldungen sind genau anzugeben: Name, Wohnung, Zahl und Alter der Kinder, ob Wohlfahrts-, Krisen- oder Arbeitslosenunterstützungs-Empfänger. Pfarrer Keil.“ — Es ist direkt schamlos, wie hier die Not der Thüringer Heimarbeitervolkbevölkerung zur Gewissens- und Gesinnungsknechtung ausgebeutet wird. Die beiden

Pfarrer von Lauscha sind Mitglied der Hitler-Partei.

Bei der Einsammlung der Mittel für die evangelische Winterhilfe werden die Spender natürlich nicht einer so strengen Prüfung auf Herz und Nieren unterzogen, dann huldigt man vielmehr dem Grundsatz: Non olet! (Geld stinkt nicht)

## Deutsche Schuldige am nächsten Krieg.

### Kriegshetze im Rundfunk.

„Man habe hier im Osten ein Kleinod aus der deutschen Krone gebrochen. Ein Rest sei uns aber geblieben, und diesen Rest gelte es zu schützen und zu erhalten, bis das Verlorene wieder an seinen Platz angefügt werde.“

Bis dahin gelte es, die schutzlose Grenze mit den besten Kräften zu schützen. Die körperliche und die seelische Erziehung der Grenzbevölkerung sei ihm daher stets als höchste Aufgabe erschienen. Nur mit wehrhaften Männern könne die Grenze verteidigt werden. Die Provinz Grenzmark sei ein Übergangsgebilde, dem ein ewiges Bestehen zu wünschen, Wahnsinn wäre. Er hoffe, daß der Tag nicht mehr fern sei, an dem die Einheit des deutschen Ostens aufs neue begründet werde.“

So gesprochen von dem Oberpräsidenten der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, Dr. von Bülow, in einer Rundfunkansprache,

in der er sich von der Grenzbevölkerung verabschiedete, da er in den Ruhestand tritt.

Arbeiter, bestellt den Rundfunk ab, dieses Instrument zur Verbreitung von Kriegshetzen und Propagandaorgan der Reaktion!

## Bauernsiedlung in Pommerellen.

Der polnische Ministerrat hat einen Gesetzentwurf gebilligt, wonach den polnischen Bauern, die in den letztvergangenen Jahren in Pommerellen angesiedelt worden sind, Zahlungsaufschub auf unbestimmte Zeit gewährt wird. Das bedeutet praktisch, daß den Siedlern ihr Land übereignet wird. In den Grenzgebieten Galizien und Kongreßpolen sind bereits früher die gleichen Maßnahmen ergriffen worden.

## Rumänisches Finanzabkommen mit dem Völkerbund.

Das Genfer Protokoll, das Rumänien wirtschaftlich zu einer Kolonie des Völkerbundes gemacht hatte, ist zwar nicht unterzeichnet worden. Statt dessen ist aber jetzt zwischen der rumänischen Regierung und dem Völkerbund ein Abkommen zustande gekommen, das praktisch den Völkerbundsmächten die gleichen sehr weitgehenden Vollmachten in Rumänien einräumt, obwohl Rumänien keine Finanzhilfe, sondern nur technisches Zusammenarbeiten mit dem Völkerbund beantragt hatte. Das Abkommen kann jederzeit gekündigt werden, falls die rumänische Regierung die Finanz- und Verwaltungsreform, die vom Sachverständigen-Aus-

schuß des Völkerbundes gefordert worden ist, schneller als in vier Jahren durchgeführt hat. Auf Vorschlag des Völkerbundes muß die rumänische Regierung ausländische Sachverständige für Finanz- und Wirtschaftsfragen ernennen. Der Rumänischen Nationalbank wird ein ausländischer „Berater“ beigegeben, der das Recht hat, die Ausführung des Reformprogramms zu überwachen. Alle anderen Sachverständigen sind ihm unterstellt. Dieser „Berater“ wird also praktisch der Herrscher Rumäniens werden. Er hatte alle drei Monate einen Bericht über die Finanz- und Wirtschaftslage in Rumänien an den Völkerbund zu erstatten. Die finanziellen Lasten des Sachverständigen-Apparates hat — selbstverständlich — die rumänische Regierung zu tragen.

## Schuldenregelung und Wirtschaftskrise.

Der britische Botschafter in Washington überbrachte dem amerikanischen Staatssekretär Stimson eine an Roosevelt gerichtete Note der britischen Regierung, in der diese erklärt, sie sei gern bereit, wirtschaftliche Fragen mit der Regierung der USA zu erörtern, müsse aber Entscheidungen über die die Weltwirtschaftskrise betreffenden Punkte der Weltwirtschaftskonferenz überlassen.

Präsident Hoover betonte in einer Pressekonferenz noch einmal den Standpunkt der amerikanischen Regierung, daß die Währungsfrage eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Überwindung der Wirtschaftskrise sei. Wenn die Währungen nicht stabilisiert würden, würden die USA gezwungen sein, die Zolltarife weiter zu erhöhen.

Die britische Regierung hat angeblich, vielleicht wegen des englisch-französischen Freundschafts-Abkommens, bei der amerikanischen Regierung die sofortige Einbeziehung Frankreichs zu den Schuldenverhandlungen verlangt. Der englische und der amerikanische Botschafter in Paris haben mit dem französischen Ministerpräsidenten eine Unterredung über die Schuldenfrage gehabt.

Gefälschtes Geld in Höhe von 50 000 Schilling wurde in Oesterreich von der Polizei entdeckt. Das Geld befand sich in mehreren Paketen bei einem Geschäftsmann, der angab, daß es für ein bevorstehendes großes Geschäft bestimmt sei. Als die Polizei die Pakete untersuchte, fand sie, daß das Geld gefälscht war. Die Nationalbank erklärte, daß die Fälschung außerordentlich geschickt ausgeführt sei. Zwei Personen sind unter dem Verdacht, an der Fälschung beteiligt gewesen zu sein, festgenommen worden.

## Mit dem Fahrrad über die Alpen.

Von Otto Pfothenhauer.

### Lockerung der Bodensperre.

Die Badesaison hat noch nicht begonnen, darum können wir „gewöhnlichen Sterblichen“ auch noch den Lidostrand genießen. Wir stürzen uns in die blauen Fluten der Adria und schwimmen, daß es nur so eine Lust ist. Das Wasser ist noch etwas kühl, aber dafür haben wir das Meer in seiner natürlichen Reinheit, ohne das üble Beiwerk der angemalten, übergeschnappten Modedamen, die sonst mit ihren Kavaliere die Zeit hier totschiagen.

### Der Heimweg.

Der Heimweg führt uns über Verona, — wo noch die größte und am besten erhaltene alte Arena Italiens zu sehen ist, — am Gardasee entlang auf die Brennerstraße, über Trient und Bozen nach Innsbruck. Von Innsbruck fahren wir über den steilen Zirl Berg nach Mittenwald, dann am Walchensee vorüber nach München; und von hier aus sind wir in wenigen Tagen wieder in Weimar. — 31 Tage hat die ganze Fahrt gedauert.

### Gardasee!

Unvergesslich bleiben uns die Eindrücke vom Gardasee. Die neue Autostraße zwischen Gardone und Riva, die in mehr als 70 gesprengten Tunnels durch die steilen Uferfelsen führt, ist ein Wunderwerk moderner Straßenbaukunst. Hier am Gardasee verstanden wir erst so richtig die ewige Sehnsucht der Deutschen nach dem Süden; denn hier ist Licht und Farbe, Sonne und Wärme, ewiges Blühen und Fruchtbarkeit in schöner Harmonie vereint. Schlanke, dunkle Zypressen stehen an den kristallklaren, blauen Fluten. Kleine, flotte Schiffechen mit gelben, braunen und roten Segeln ziehen zwischen den

weißen Wellenkämmen in die Ferne. Die Zitronen blühen und reifen in geschützten Buchten; Oliven- und Orangenhaine beleben die Hänge, weiter oben wachsen Reben und edle Kastanien bis hinauf an den Bergwald, der den grünen Übergang bildet in die schneebedeckten Höhen.

### Als „Nutznießer“ der Krise.

Die großen Hotelunternehmungen in Riva, die bisher fast nur vom deutschen Fremdenverkehr existiert haben, sind infolge der Wirtschaftskrise und der deutschen Devisenbestimmungen in eine schlimme Not gekommen. — So kam es, daß wir armen, einfachen Radfahrer von den Hoteldienern in die Hotels hineinkomplimentiert wurden, wie es vor Jahren vielleicht nur mit den Insassen der Luxusautos geschehen ist. Wir sollten uns nur ganz unverbindlich die Hoteleinrichtungen ansehen. Wir hatten nichts dagegen. Zimmer wurden uns zu „jedem, annehmbaren Preise“ zur Verfügung gestellt, und man konnte noch handeln. Dabei standen uns Lift, Lese-, Schreib- und Musiksalon, erstklassige Badeeinrichtungen zur freien Verfügung. Jugendherbergen gibt es in Italien nicht, und so war es wie ein gerechter Ausgleich, wenn wir z. B. für 4 Lire (85 Pfennig) einige Male schöne Hotelzimmer bekamen.

### Der Druck des Faschismus.

Selbst der letzte Tag in Italien führte uns noch zweimal den kriegerischen Glanz der Faschistendiktatur deutlich vor Augen. Es war einer der vielen Nationalfeiertage. In Bozen fand eine große Parade unter Anwesenheit eines Prinzen statt. Aus ganz Südtirol war die faschistische Jugend zusammengekommen. Gravitätisch stolzierten die Doppelposten der Karabinieri in ihren Galauniformen über die Straßen. Ein Kellner sagte uns über die Karabinieri im Vertrauen, daß sie deswegen stets zu zweien gingen, weil der eine nicht lesen und der andere nicht schreiben könne. Wenn diese Behauptung auch sicherlich stark übertrieben ist, so zeigt sie doch — was uns auch sonst immer im vertraulichen Gespräch

mit dem einfachen Volke bestätigt wurde —, daß die Polizei-, Spitzel- und Gewaltherrschaft Mussolinis nur Haß und heimliche Auflehnung bei der unterdrückten Klasse zur Folge hat. In einem kleinen Städtchen versicherten uns junge Arbeiter, die erst vor kurzem aus dem Militärdienst entlassen worden waren, daß bald der Tag kommen werde, da selbst Mussolinis Gefängnisse für die revolutionären Arbeiter nicht mehr ausreichen würden.

Den riesigen Ausgaben für das Militär steht die erdrückende Armut des Volkes gegenüber. Eine Eisenbahnerfrau, deren Mann in Deutschland geboren ist, klagte uns, wie gern sie nach Deutschland möchten, daß sie aber von der Regierung keine Ausreisegenehmigung bekämen; der Mann hätte durchschnittlich elf bis zwölf Stunden Dienst am Tage, und dabei müßten sie mit ihren Kindern noch in großer Armut leben.

Am Brennerpaß konnten wir zunächst nicht weiter, weil gerade ein militärischer Aufmarsch stand. Infanterie, Maschinengewehrabteilungen, Polizeitruppen, Kriegervereine und faschistische Jugend marschierten in einem Zuge bis direkt an die Grenze und stellten sich hier in der Richtung nach Norden auf. Ein Offizier hielt eine Rede, dann wurde das Nationallied gesungen. Während dieser Feier war die Grenze gesperrt. Gleichgültig sahen die österreichischen Grenzbeamten herüber.

### Kalter Abschied von den Alpen.

Ohne eine Hochtour wollten wir die Alpen nicht verlassen. So stiegen wir von Mittenwald aus ins Karwendelgebirge. Diese Hochtour hätte bald ein tragisches Ende für uns genommen. Das Wetter war schlecht. In der Nähe des Gipfels gerieten wir in Nebel und Schneesturm. Einer unserer Kameraden rutschte über ein großes, fast senkrecht Schneefeld ab und blieb — wie durch ein Wunder — vor dem Abgrund hängen. Frierend und vom Schnee ganz durchnäßt mußten wir abwärts klettern; die erhoffte Sicht vom Gipfel blieb uns vorsagt.

(Schluß folgt.)

# Hinterhältige Manöver gegen KP.

## Mordprozeß Guhl.

Hk. Der Kommunist oder ehemalige Kommunist Guhl, gegen den das Schwurgericht beim Landgericht II in Berlin eine Woche lang verhandelt hat, wurde vor einigen Tagen

zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Anklage lautete auf vollendeten Mord in einem und auf versuchten Mord in zwei Fällen. Das Urteil lautete auf gemeinschaftlichen Totschlag.

Es handelt sich um die Ermordung des Gastwirts Böwe, des Inhabers eines kurz vor der fraglichen Tat in der Richardstraße in Neukölln aufgemachten Nazilokals. Die Errichtung dieses Lokals im September 1931, „ausgerechnet in dieser Gegend“, hatte, wie der Gerichtsvorsitzende feststellte, die Neuköllner Arbeiter äußerst gereizt. Am 15. Oktober 1931 ist ein Feuerüberfall verübt worden, bei dem heftig in das Lokal hineingeschossen worden ist. Während dieses Ueberfalls zog ein Trupp Kommunisten durch die Richardstraße und demonstrierte gegen den Nazistützpunkt in dem Arbeiterviertel. Der Wirt wurde erschossen, ein paar Nazis wurden verletzt.

Wegen dieses Ueberfalls ist vor längerer Zeit gegen 22 Angeklagte verhandelt worden. Der Prozeß endete damit, daß keiner der Angeklagten für schuldig befunden wurde, unter den Schützen gewesen zu sein. Es wurde lediglich eine Reihe von Gefängnisstrafen wegen Landfriedensbruchs verhängt. Guhl war nach Rußland geflohen, kehrte von dort im September vorigen Jahres zurück und wurde ein paar Tage später verhaftet.

Auf Grund dessen, was ich selber in dem Prozeß angehört habe, und dessen, was in der Presse darüber berichtet worden ist, sehe ich nicht, wie der Nachweis des gemeinschaftlichen Totschlags gegen den Angeklagten geführt werden könnte. Die Meldung über das Urteil schweigt sich darüber aus. Der Nachweis, die tödliche Kugel stammte aus einer von Guhl geführten Waffe, ist mißlungen. Guhl ist deswegen nicht wegen Totschlags, sondern lediglich wegen gemeinschaftlichen Totschlags verurteilt worden. Wir behalten uns vor, auf das Urteil selber zurückzukommen, wenn uns Näheres über seine Begründung bekannt ist. Die Strafe hat jedenfalls eine Höhe, die bisher gegen Nazis in Totschlagsfällen nie erreicht wurde.

Wichtiger an dem Prozeß sind aber einige politische Erfahrungen.

### 1. Spitzel haben ihre Hand im Spiel.

Ein gewisser Richard Hamann, jetzt Nazi, trieb sich damals in verschiedenen kommunistischen Organisationen herum, war am 15. Oktober 1931 beteiligt und hat ausgesagt, die Täter seien RFB-Leute gewesen. Ein unparteiischer Zeuge, der während der Schießerei in dem beschossenen Lokal war, hat ausgesagt, daß vorher jemand in dem Lokal Andeutungen gemacht hätte, daß ein Ueberfall bevorstünde; dieser Jemand hat, zur Rode gestellt, wie er zu diesen Andeutungen komme, gesagt:

er wisse doch Bescheid, er sei ja als Spitzel bei den Kommunisten.

### 2. Fahnden nach einer angeblichen kommunistischen Feme.

Der Angeklagte machte eine Bemerkung, nach seiner Rückkehr sei er wahrscheinlich von Kommunisten der Polizei „verpiffen“ worden. Der Vorsitzende preßt den Angeklagten, mehr zu sagen: es gehe um seinen Kopf; er solle sagen, was er wisse, ohne jede Rücksicht auf die Partei und die Parteigenossen. Guhl weiß aber nichts Greifbares. Der Staatsanwalt bohrt nochmal: ob Guhl sich bedroht fühle und deswegen nicht mehr sagen wolle? Dann solle er das sagen;

vielleicht ließe sich etwas unternehmen, um Guhl gegen die Bedrohungen zu schützen. Es kommt aber nichts weiter aus Guhl heraus.

### 3. Jagd auf Rechtsanwalt Litten und kommunistische Nebenorganisationen.

Ein qualendes Bohren vollführen Vorsitzender und Staatsanwalt, um aus Guhl herauszukriegen, wer seine Flucht nach Rußland organisiert habe. Guhl weiß nichts. Ob Rechtsanwalt Litten (der im ersten Richardstraße-Prozeß verteidigt hatte) ihm den Rat gegeben hätte, nach Rußland zu fliehen — fragt der Staatsanwalt, Vorsitzender: „Sind Sie bei Rechtsanwalt Litten gewesen?“ „Nein.“ Der famose Hamann hat „bekundet“, daß kurze Zeit nach der Tat Litten eine Reihe kommunistischer Funktionäre in seine Wohnung geladen habe zu einer Besprechung über den Prozeß. Dabei habe Litten einem jetzt noch in Rußland sich aufhaltenden Kommunisten zur Flucht geraten. Heimtückischer Weise wird Derartiges nur angetippt.

### Litten ist nicht vernommen worden

— weil das ja nicht zur Klärung der Schuldfrage bei Guhl nötig war! Aber breit wird in der Rechtspresse über die Anschuldigungen gegen Litten berichtet.

### 4. Rußland soll schlecht gemacht werden.

In der Voruntersuchung und in einem Brief aus dem Gefängnis hat Guhl sich schlecht über die Verhältnisse in Rußland geäußert. In der Hauptverhandlung wird er weiter danach gefragt

— wobei man wiederum fragen muß, was das mit der Klärung der Schuldfrage zu tun hat —, wie es ihm in Rußland ergangen und weshalb er zurückgekehrt sei. „Darüber möchte ich nicht sprechen.“ Dann liest der Vorsitzende „im Interesse der Wahrheitsfindung (!)“ einen Brief aus dem Gefängnis vor, in dem Guhl sich über die Verhältnisse in Rußland beklagt hat.

Im Ganzen: dunkle und hinterhältige Machenschaften, die — wie der Chemnitzer Sprengstoffprozeß vor kurzem — eine mehr als dürftige Ausbeute gegen die KPD geliefert, die aber

die Verfolgungsmethoden der politischen Polizei und der Staatsanwaltschaft gegen die KPD und den verhafteten Litten von neuem in ein blendendes Licht gerückt haben.

### Der Mörder des Gewerkschafts-Funktionärs

Neben in Pressen bei Eilenburg ist ermittelt worden, und zwar in der Person des

SA-Gruppenführers Siebert.

Neben war auf dem Heimweg von einer Veranstaltung überfallen und zu Tode mißhandelt worden.

### Wurde der Wiener Tränengas-Ueberfall in München organisiert?

In der Sache des Tränengas-Attentats, das vor einigen Tagen in dem Wiener Kaufhaus Gerngroß verübt worden ist, sind bisher 23 Nationalsozialisten verhaftet worden. Angeblich verfolgt die Polizei im Zusammenhang mit ihren Versuchen, die Urheber des Attentats aufzudecken, eine Spur, die über die Wiener Nationalsozialisten hinaus nach München führt!

# Die Angestellten unter dem Druck der Krise.

## Forderungen der deutschen Angestelltenbewegung.

(IGB) Der reaktionäre Kurs der jüngsten beiden deutschen Kabinette hat den Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa-Bund) veranlaßt, Ende 1932 in einer Denkschrift seine Forderungen aufzustellen. Der Afa-Bund weist darauf hin, daß 1932 mehr als eine halbe Million Angestellter in Deutschland arbeitslos gewesen ist, von denen  $\frac{1}{2}$  überhaupt keine Unterstützung erhält. Im Jahresdurchschnitt 1932 gab es in Deutschland 616 000 arbeitsuchende Angestellte gegenüber 461 000 im Jahresdurchschnitt 1931, und die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der dem Afa-Bund angeschlossenen Verbände betrug im Jahresdurchschnitt

1932 22,2% gegenüber 14,5% im Jahre 1931, 8,3% im Jahre 1930 und 4,8% im Jahre 1928.

Diese wenigen Zahlen beweisen, wie scharf die Krise in Deutschland die Angestellten getroffen hat. Hinzu kommt, daß nach Berechnung des Afa-Bundes die Tarifgehälter der Angestellten mit Hilfe des staatlichen Schlichtungsapparates und durch die verschiedenen Notverordnungen bis zum Herbst 1932 um mehr als 20% gekürzt worden sind. Da gleichzeitig die übertariflichen Bezahlungen in Fortfall kamen, stellt der Afa-Bund fest, daß die Gehälter der heute noch voll beschäftigten Angestellten um

durchschnittlich 40% unter dem Gehaltsniveau von 1929 liegen.

Ebenso bedeutsam ist die Tatsache, daß zum Jahresende rund  $\frac{1}{2}$  aller Angestellten verkürzt arbeitete und sie dadurch entsprechend niedrigere Einkommen haben, da die Rechtsprechung in Deutschland für den Fall der Kurzarbeit den ursprünglich bestehenden Anspruch auf die Zahlung der vollen Monatsgehälter aufgehoben hat.

Der Afa-Bund verlangt deshalb neben der Sicherung der geltenden Kündigungsschutzbestimmungen insbesondere die Einführung des Abkehrgeldes bei Entlassungen und verlangt weiter die

gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auch für die Angestellten auf höchstens 40 Wochenstunden.

Ueberarbeit und Doppelarbeit sollen durch gesetzliche Maßnahmen eingeschränkt bzw. verboten werden. Zugleich wird gefordert, daß bei Ueberstundenarbeit zugunsten der Arbeitslosen hohe Ueberstundenzuschläge gesetzlich festgesetzt werden sollen. Außerdem verlangt der Afa-Bund das Verbot jeglicher Gehaltskürzung für die Angestellten im Falle von Kurzarbeit vor dem Ablauf der Kündigungsfrist.

Eine Reihe weiterer Forderungen stellt der Afa-Bund im Hinblick auf die Arbeitslosen-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung (Versicherung für Bergbauangestellte). Er weist darauf hin, daß durch die Abbaumaßnahmen den jahrelangen erheblichen Beiträgen der Angestellten in der Arbeitslosenversicherung heute nur noch ein versicherungsmäßig relativ geringfügiger Rechtsanspruch von 6 Wochen gegenüber steht und weitere Unterstützungsleistungen von dem Vorliegen der Hilfsbedürftigkeit abhängen. Er fordert die Angleichung des versicherungsmäßigen Anspruchs an den früheren Stand und die Erhöhung der Versicherungsätze, die Abschaffung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung und insbesondere der Vereinheitlichung der Fürsorgeunterstützungen für die Arbeitslosen in einer Reichsarbeitslosenfürsorge.

Besonders krass liegen die Verhältnisse bei der Versicherung für die Bergbauangestellten, wo im Durchschnitt eine

Rentenkürzung um 37% eingetreten ist, die gegenüber der hohen Beitragsleistung von rund 11% des Einkommens

als sozial unverträglich charakterisiert wird. Der Afa-Bund weist darauf hin, daß die vom Reich gewährte Hilfe für die Knappschaftsversicherung vollkommen unzureichend ist und verlangt höhere Zuschüsse des Reiches sowie die Erhebung einer Umlage auf Grund der Produktionsleistung der Bergbaubetriebe. Außerdem wird gefordert, daß die Beiträge der Versicherten dem Einkommensrückgang der Bergbauangestellten angepaßt werden.

A. M. FREY



## DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by B. Klepner Verlag AG. Berlin.

Funk überlegt, weshalb man sich um den toten Gegner wohl so sehr bemüht. Aus Ehrerbietung, aus christlichen Gründen?

Der Feldwebel setzt sich in Bewegung auf einen äußersten Zipfel des Pensionatbaues zu, er zieht ein Schlüssellband aus der Tasche und hält es wichtig in der beringten Faust. Er führt aus: „Sie müssen nämlich wissen, man läßt Leichen höchst ungern im Drahtverhau liegen — obendrein bei dem warmen Wetter. Was eine einzige Leiche den Graben verpestet kann, das glauben Sie gar nicht. Es ist unhygienisch. Wenn der Wind zum Gegner hinüberweht, ist's ja gut, dann hat der den Gestank in der Nase. Aber damit kann man nicht rechnen — zudem haben wir fast immer Wind von drüben. Das ist im ganzen recht, denn wir hören so den Feind, und er hört uns weniger.“

Sie sind vor einem Tor angelangt, das in eine Art Remise führt. Fähnlein sperrt auf.

Hier sind leere Hüllen, die Sandsäcke werden sollen, gestapelt, hier ist Stacheldraht in Rollen aufgeschichtet, hier stehen spanische Reiter geordnet bereit, und zwischen dem allem, auf der freien Mitte des Steinbodens, liegt der Tote.

„Ein Oberleutnant“, belehrt Fähnlein. Er gibt vor, das aus irgendwelchen Abzeichen zu erkennen. „Wir haben ihn auch deshalb hereingeschafft, weil der Regimentsstab darauf aus war, ihn genau auf Papiere zu durchsuchen. Manchmal tragen sie was bei sich, Dienstausweisungen oder gar Korpsbefehle, die für uns aufschlußreich sein können. Aber die Kerle sind schlau geworden: sie lassen neuerdings alles daheim, ehe sie anfangen, Indianer zu spielen. Ich selber hab'

ihn untersucht und um und um gewendet: nix war zu finden.“

Funk wundert sich im stillen, wie sorgsam des Engländer Uniform sitzt; Fähnlein muß den letzten Knopf und Haken und jede Schnalle wieder geschlossen haben. Die Ordnungsliebe hat nirgends hältgemacht.

Der Getötete hat einen Gewehrstoß durch den Kopf. Die Kugel ist zur einen Schläfe hinein, zur anderen herausgegangen. Der Einschub ist glatt, aber der Ausschub hat ein halbfautgroßes Stück Schädel mitgenommen. Es ist, als sei gewaltsam das halbe Gehirn ins Freie durchgebrochen. Die Stirn ist graublau, die Augendeckel sind grün, und wächsern wird das Gesicht erst um das Kinn herum.

Fähnlein beobachtet den Untergebenen, wie er's aufnimmt. Aber er kann nichts Besonderes entdecken. So ist die Expedition eigentlich überflüssig. Er sagt: „Tot ist er gleich gewesen. Ein feiner Hund. Schauen Sie, wie gut er gepflegt ist, die Hände, die Nägel an den Füßen! Der hat noch am Tag, wo er hat ins Gras beißen müssen, Fußpflege, Pedicure nennt man's, gemacht.“

„Weshalb ist er nackt da unten?“

„Die unsren sind wie narriisch auf englische Schuh und englische Socken aus. Das Zeug hat er bereits vorn im Graben verloren“, lacht Fähnlein.

Es ist seltsam, wie man ganz ungehemmt über den Toten plaudern kann, indes er zuhört und doch nichts hört. Die grünen Augendeckel sind halb über den Pupillen, die nach oben gedreht sind, als denke er nach und begreife nicht, was mit ihm geschehen ist.

„Wer hat ihn erschossen?“, fährt es plötzlich aus Funk heraus.

Der Feldwebel staunt, dann grinst er nachsichtig. „Wer ihn —? Ja, Funk, eine Kugel hat ihn erschossen. Welcher Hannes die in der Dunkelheit abgefeuert hat, das weiß kein Herrgott mehr.“

„Ein Unglücksfall also oder ein ganz dummer Mord“, sagt Funk vor sich hin.

„He — hallo — Funk, schlafen Sie“, ruft Fähnlein, auf dem Wege, sehr unsicher zu werden.

„Oder hat er sterben müssen, weil jemand englisches Lederzeug, weil jemand Schuhe gebraucht hat —? Ich begreife auf einmal nicht ganz —“, flüstert Funk, es sieht aus, als wolle er zu wanken beginnen.

„Aha, jetzt hat es Sie doch angegriffen“, stellt Fähnlein freudig fest — und beruhigt, weil er den Grund für des anderen Merkwürdigkeiten zu fassen bekommt. „Da gehen wir lieber gleich an die frische Luft.“

Wie sie draußen stehen und Atem schöpfen, denn der Engländer hat süßlichen Geruch ausgestrahlt, kommt ein fremder Krankenträger auf sie zu.

„Da ist der Renoth, der führt Sie hinaus, Funk“, befiehlt Fähnlein. „Das ist der, mit dem Sie auf den Verbandplatz gehen sollen. — Glückliche Reise“, scherzt er und entfernt sich.

S.

Sie ziehen miteinander los: Renoth und Funk. Es ist wieder heiß wie im Sommer. Sie wandern die Dorfstraße entlang; es begegnen ihnen ein paar Frauen, barhäuptig und in blauen Schürzen, die Brotlaibe tragen. Die Brote lächeln braun und duften, aber die Trägerinnen, die gerade mit ihnen von ihrem Franzosenbäcker kommen, stürzen vorbei wie auf der Flucht. Renoth legt beruhigend zum Gruß einen Finger an die Mütze und sagt: „Bonschur Mädä!“

„—jour m'sieur“, erwidern sie ängstlich und laufen.

„Wie gut das Brot riecht“, meint Funk. Es befriedigt ihn zu sehen, daß die Zivilbevölkerung offenbar solide verpflegt wird.

Riecht gut, taugt aber nichts“, erläutert Renoth. „Ich bin auch schon drauf hereingefallen, im Tauschhandel. Das ist Mais und Häcksel und schmeckt, als ob du Papier kaust. Da ist unser Kommiß, der auch alleweil schlechter wird, noch zehnmal besser.“

Und damit rennen die Weiber, denkt Funk, als trügen sie Millionenschätze nach Hause. Eine spaßige Sache, der Krieg — jawohl, ein brüllender Spaß, der Krieg, jetzt will ich ihn mal so ansehen — nach dem im Gehirn zerfetzten Engländer.

(Fortsetzung folgt.)

## Schauderhaftes Wohnungselend trotz leerstehender Wohnungen.

Wenn in Kassel Mieter infolge langjähriger Erwerbslosigkeit von ihren menschenfreundlichen Hausbesitzern wegen rückständiger Mieten auf die Straße gesetzt werden, nimmt sich ihrer „fürsorglich“ die Obdachlosenpolizei an. Sie bringt sie in sogenannten Wohnbaracken unter, die an verschiedenen Stellen am Stadtrand gelegen sind. Dort bekommen die bedauernswerten Opfer des Ausbeuterstaates ein „Wohnzimmer mit ungefähr 12 qm Bodenfläche, in dem sie dann für 3 Mark wöchentlich Miete in dumpfer Hoffnungslosigkeit dahinvegetieren. Die für solche Verhältnisse hohe Miete wird den Unterstützungsempfängern gleich bei ihrer Unterstützungsauszahlung einbehalten.

Wie „wohnen“ diese Menschen?

Dafür einige Beispiele aus einem dieser Barackenlager:

Familie A. besteht aus 8 Personen, Eltern und 6 Kindern. Die Frau ist bereits wieder schwanger. Sie steht kurz vor der Entbindung. Das älteste Kind, ein Mädchen, ist zwölf Jahre alt, das jüngste ungefähr zwei Jahre. Diese 8 Personen kampieren in zwei Betten und einem Kinderbett.

Familie B. besteht aus 6 Personen, Eltern und 4 Kindern. Auch hier erwartet die Frau das fünfte Kind. Die Kinder sind zwölf, elf, zehn und zwei Jahre alt. Zum Schlafen stehen der Familie 1 Kinderbett und 1 Chaiselongue zur Verfügung.

Familie C. besteht auch aus 6 Personen, Eltern mit 3 Kindern und 1 Enkelkind. Die älteste Tochter, Mutter des Enkelkindes, ist geschieden und möchte sich wieder verheiraten. Sie kann aber nicht, da sie keine Wohnung bekommt und deshalb weiter bei ihren Eltern hausen muß. Schlafgelegenheit: 2 Betten, 1 Kinderbett.

Die Menschen sind also zusammengedrückt wie das Vieh. Das Empörendste bei diesen Wohnverhältnissen besteht darin, daß seit längerer Zeit die Hälfte der „Zimmer“ in den Baracken unbewohnt sind. Sie stehen also leer, während diese Menschen sich in ihrem engen Raum kaum zu helfen wissen. Die Bewohner haben bei dem zuständigen Beamten der Obdachlosenpolizei vor einiger Zeit darum gebeten, den größeren Familien noch je einen Raum zum Wohnen gegen Zahlung von weiteren 3 Mark Miete zu geben. Der Beamte hat das mit der Begründung abgelehnt, daß er pro Familie nur einen Raum hergeben dürfe.

Ein anderes Kapitel ist hier die Frage der Sittlichkeit! Zwölfjährige Kinder sind hier gezwungen, Geschlechtsver-

kehr, Geburten, Ehezwistigkeiten und mancherlei anderes mitzerleben. Welche Eindrücke auf die besonders empfänglichen Kinderselen! Daß diese Jugend sittlich stark gefährdet ist, wird wohl niemand bestreiten können. Warum kümmert sich hier keine Behörde darum, die Jugend „vor sittlicher Verwahrlosung“ zu schützen?

## Katholische Ehevermittlung zum Glück in Nöten!

M.H. In der katholischen Zeitung „Der Westfälische Kurier“ wird in einer Betrachtung zum „Ehesonntag“, der alljährlich an einem bestimmten Sonntag im Januar zu Ehren der „Einheit Heiligkeit und Unauflöslichkeit“ der christlichen Ehe veranstaltet wird, darüber gejammert, daß so viele Ehen von Katholiken nicht nach den Grundsätzen der katholischen Kirche geschlossen werden. Für keinen dürfe die Ausrede gelten, er habe keinen passenden katholischen Partner gefunden und sich deswegen mit einem Ketzer oder Heiden verheiratet. Denn wozu gibt es die katholische Ehevermittlung, den sogenannten „Katholiken-Ehebund“, der „Heiraten zwischen gläubigen Katholiken in die Wege leitet“?

Diese Vermittlungsstelle wird aufs wärmste empfohlen: „Ihre Vorschlagslisten weisen gar manche Herren und Damen aus ganz Deutschland auf, die bereit sind, eine Ehe nach den Grundsätzen der katholischen Kirche zu schließen.“ Ferner bahnt der Bund auch „Einheiraten“ an, und die Mädchen ohne Vermögen werden angelockt mit dem Versprechen, daß selbst solche Mädchen durch diesen Bund „schon oft einen braven, guten Mann gefunden haben“.

Allerdings scheint sich das noch nicht allzu sehr herumgesprochen zu haben; denn die Zeitung konstatiert die „betrübbliche Tatsache“, daß „Das Familienglück“, die „Zeitschrift für Anbahnung und Verinnerlichung katholischer Ehen“, nur „wenig Abonnenten“ zählt,

während die Blätter der Liga für Mutterschutz und des Reichsverbandes für Geburtenregelung leider, leider „große Auflagen“ hätten!

Unterstützt „Das Familienglück“! So ruft der „Westfälische Kurier“ seinen Lesern zu. Aber auch unter ihnen sind heute gewiß manche, die wissen, daß ein Familienglück ohne die von der katholischen Kirche so bekämpfte Geburtenregelung für Leute ohne Geld unmöglich ist, und die deshalb lieber zu den erwähnten Blättern mit den „großen Auflagen“ greifen, die ihnen eine vernünftige Aufklärung vermitteln.

Wir sollten unermüdet daran arbeiten, daß derer recht viele werden. Dann bröckelt an dieser Stelle die Mauer von Dummheit und Knechtseligkeit wenigstens etwas ab.

## Hessischer Hungermarsch.

F.W. Dem Aufruf der kommunistischen Landtagsfraktion Hessens folgend, fanden sich am Montag abend in Mainz etwa tausend Genossen zusammen, um an dem Hungermarsch nach Darmstadt teilzunehmen. Gegen 22 Uhr, bei 11 Grad Kälte, setzte sich der Zug in Bewegung. Ein großer Teil Arbeiter und ein Ueberfallwagen begleiteten sie bis zur Stadtgrenze. Durch die IAH waren auf dem Wege nach Darmstadt Verpflogungsstationen eingerichtet. Nach Mitternacht traf der Zug in Groß-Gerau ein. Dort gab es heißen Kaffee, und in den bereitgestellten Unterkünften konnten die Teilnehmer einige Stunden rasten. Ein Teil der Demonstranten mußte jedoch den Marsch hier abbrechen. Das gar zu schlechte Schuhzeug und die mangelhafte Bekleidung hinderten bei der riesigen Kälte viele am Weitermarsch. In den ersten Morgenstunden trafen die Genossen in Darmstadt ein.

Die KP hatte aufgefordert, am Dienstag in Darmstadt für Arbeit, Brot, Kohle, Holz und Kartoffeln als Winterhilfe zu demonstrieren. Der Regierung war mitgeteilt worden, daß eine Delegation diese Forderungen unterbreiten werde.

Staatspräsident Adeling (SPD) lehnte jedoch den Empfang der Delegierten ab.

In der Begründung heißt es:

„Die hessische Regierung ist über die Not und Bedrängnis der hessischen Bevölkerung in allen Teilen fortlaufend und genau unterrichtet. Sie ist seit langem mit allen Kräften bemüht, die Nöte der Erwerbslosen zu lindern und Arbeit zu schaffen. Botsprechungen der von Ihnen gewünschten Art können erfahrungsgemäß eine förderliche Wirkung nicht haben. Die hessische Regierung verspricht sich deshalb auch von der von Ihnen angekündigten Vorsprache keinen Erfolg und ist nicht in der Lage, die von Ihnen angemeldeten Vertreter zu empfangen.“

Am Dienstag morgen um 11 Uhr begann der Aufmarsch der Demonstranten. Aus allen Teilen Hessens, besonders Rheinhessens und Starkenburg, waren die Teilnehmer erschienen.

Die ganze Demonstration mag wohl an die 15 000 Genossen gezählt haben.

Ein überaus starkes Polizeiaufgebot, das den Zug in vier Teile getrennt hatte, überwachte ihn. Alle Banken, die Arbeits- und Wohlfahrtsämter sowie das Ministerium waren von starken Polizeiaufgeboten besetzt, um letzteres war als besondere Sicherung eine Bannmeile gezogen.

Leider ging der Rückmarsch der Demonstranten in fast totaler Auflösung vor sich. Um der grimmigen Kälte schnellstens zu entgehen, versuchte jeder, so schnell als möglich in seinen Heimatort zurückzugelangen. Auf dem Rückmarsch blieb eine Anzahl Genossen an Entkräftung unterwegs liegen.

So haben 15 000 Erwerbslose unter Leitung der KPD demonstriert. In Hessen gibt es mehr als 600 000 Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger. Weshalb bringen die Gewerkschaften nicht den Mut auf, sich an der Organisation solcher Demonstrationen zu beteiligen und sie dadurch auf eine breitere und schlagkräftigere Basis zu stellen?

## Volksschulen im Ruhrgebiet werden wegen Kohlenmangels geschlossen.

In Hattingen, also mitten im Ruhrgebiet, sind drei Volksschulen geschlossen worden, und zwar „wegen Koksmanuels“, natürlich nicht, weil es in der Gegend überhaupt keinen Koks gibt, sondern weil die Gemeinde Hattingen kein Geld hat, welchen zu kaufen.

Herr Lünick, über dessen wirtschaftliche Weisheiten wir gestern berichteten, würde auch diese Zustände in Hattingen auf „bolschewistische Umtriebe“ zurückführen!

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck: A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

## Streikerfolg.

Die Berliner Dekateure haben einen vollen Streikerfolg erzielt: sämtliche maßgebenden Betriebe haben nach zwei Streiktagen die Forderungen der Streikenden angenommen. Diese Forderungen waren: Erhöhung der im November um etwa 10 Prozent gekürzten Löhne um 4 Prozent; Umwandlung der eintägigen in eine einwöchige Kündigungsfrist; Arbeitskräfte werden in Zukunft nur vom öffentlichen Nachweis angefordert. Die Berliner Dekateure weisen ein gutes freigewerkschaftliches Organisationsverhältnis auf.

## Schiedsspruch im Hamburger Gastwirts-gewerbe: 6 1/2 Prozent Lohnabbau verlangt.

Am Dienstag abend ist nach längerer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Hamburger Gastwirts-gewerbe ein Schiedsspruch gefällt

worden, zu welchem sich die Parteien bis zum Sonnabend mittag erklären sollen. Nach dem Spruch soll ein genereller Lohnabbau von 6 1/2 Prozent durchgeführt werden, und zwar in gleicher Weise für Lohn- und Prozentempfänger. Die bisher noch strittigen Punkte des Rahmentarifs bleiben vorläufig unverändert. In den Hamburger Hotels werden in Zukunft statt eines Bedienungszuschlages von 20 Prozent nur noch 15 Prozent genommen.

## Aberglauben über Nutzen des Alkohols.

Ein alter, durch nichts gerechtfertigter Aberglaube geht dahin, daß ein Hilfsmittel gegen die Grippe reichlicher Alkoholenuß sei. In Betätigung dieses Aberglaubens tranken in Krefeld zwei Ehepaare zur Abwehr gegen die Grippe Methylalkohol. Bald stellten sich so schwere Vergiftungserscheinungen ein, daß die vier Personen ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die beiden Männer und eine Frau sind inzwischen gestorben.

**Feinbesohl-Anstalt**  
und Schuhfärberei  
**HANS SACHS**  
Berlin SW / Dresdener Straße 111  
garantiert für erstklassige Arbeit

**Pflanzen-Butter**  
(vegetabile Margarine)  
garantiert reine Nuß-Fette  
Sonder-Angebot:  
Post-Päckchen 3 Pfd. netto  
nur 2,20 RM. Frei Haus  
gegen Voreinsendung auf  
Postscheck Magdeburg 179 24.

**Frischkost-Reformhaus**  
**Ernst Held, Magdeburg**  
Otto v. Guerickestraße 104.

**Sprechapparate** Koffer/Schallplatten/Schränke  
**Schallplatten** für Konzert und Unterhaltung in  
allen Preislagen / Verlangen Sie Angebot!  
**Otto Pfothauer, Weimar**  
Gilsdorferstr. 14

**LIGA FÜR MUTTERSCHUTZ**  
und soziale Familienhygiene  
(Bund für bewußte Geburtenregelung e. V.)  
Sitz Berlin C 2, Breite Str. 7  
Die größte sozialistische Organisation für Sexualreform  
u. Geburtenregelung, Medizinische u. juristische Beratung  
Sexual- und Eheberatungsstellen an vielen Orten im Reich.  
**Die Sexualberatungsstelle, Breite Straße 7**  
Leitung: Dr. Levy-Lenz.  
ist Montags und Mittwochs nachmittags von 2-5 Uhr  
geöffnet. Gebühr 50 Pf. Schriftliche Beratung erfolgt  
gegen Voreinsendung des Rückpostos.  
Neu angegliedert:  
**Säuglings- und Kinderberatung**  
Leitung: Dr. Martin Wolf.  
Freitags von 4-5 Uhr.  
**„Liebe und Leben“**  
das reich illust. Blatt für Sexualaufklärung  
Probenummer kostenlos

**Nähmaschinen**  
Reparaturen / Reinigung  
Ersatzteile  
gut schnell billig  
**EUGEN GEHM**  
Frankfurt a. M., Riederwall  
Friedrichplatz 12

**Oberhemdenstoffe,**  
Tricoline, Flanelle, Oxfords  
günstige Posten Maccotuch  
kauft man gut und billig bei  
**Kurt Levy, Berlin O 12**  
Scharnweberstr. 18/17.

**Maßarbeit** erstklassig  
und billig  
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-  
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen  
**Alfred Arensberg**  
Berlin-Reinickendorf-Ost  
Hinter der Dorf-Aue 14

**C. Lotze**  
Göttingen  
Johannisstr. 2

**Butter**  
**Käse, Eier**  
**Landbrot**

**Warum werfen Sie Ihr Geld weg**  
für minderwertige Konfektionskleidung?  
Sie erhalten bei mir z. B. eine Kniekerbeckerhose nach  
ihren Maßen und genaueren Wünschen, von besserem  
Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.  
**Rudolf Schönheit**  
Herren- und Damen-Maßschneiderei  
Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 III

**„Haltet Euch gesund**  
**durch naturgemäße Kost“**  
**Reformhaus Gesundheitsquelle**  
Berlin, Köpenicker Straße 96  
BERLIN

**KAMERA**  
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987  
Seit 23. Januar;  
Verlängerte Uraufführung des  
Eskimo-Films  
**IGLU**  
Wildwasserfahrt  
Ein Kanusportfilm  
Anfangszeiten: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

**Bürobedarfsartikel**  
Reparaturen und Reinigung  
von Schreibmaschinen  
**A. H. Timmermann**  
Hamburg 85, Lutsenweg 61 III.

Anfertigung eleganter  
**Damengarderobe**  
und  
**Reformkleidung**  
**I. Fürchtenicht**  
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Freunde  
und Leser des  
„Funken“!  
**Unterstützt**  
**EURO**  
**Zeitung!**  
Werbt Abonnenten!  
Sammelt Anzeigen!  
Bevorzugt bei Zeitungen  
einstufige Inseraten!

**Werbeprosperkte**  
**Zeitungen**  
**Zeitschriften**  
bei billigster Preisberechnung druckt  
**A. Janiszewski**  
Buchdrucker und Verlag, GmbH  
Berlin SO 36, Elisabethufer 28, Fernruf Nummer 1234567

Sieben erschien in neuer Ausstattung:  
**Philosophen**  
**für und wider**  
**die Revolution.**  
Von  
**HELLMUTH FALKENFELD.**  
72 Seiten. Kartoniert 0,60 M.  
Inhalt:  
I. Die Philosophen der französischen Revolution.  
II. Immanuel Kant. VII. Stirner,  
III. Johann Gottlieb Fichte. VIII. Tolstoj,  
IV. Jakob Friedrich Fries. IX. Nietzsche,  
V. Hegel. X. Popper-Lynkeus,  
VI. Marx. XI. Leonard Nelson.  
**Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin SW 19, Inselstr. 8a.**  
Postcheckkonto Berlin 81342

